

Rentner fühlen sich benachteiligt

Die Beamtenbund-Forderung, den Pensionären die volle Inflationsausgleichsprämie zu zahlen, stößt auf massive Kritik bei VdK und Steuerzahlerbund.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

STUTTGART. Kaum war am Samstag der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst verkündet, da entbrannte der alte Konflikt: Werden die Pensionäre gegenüber den Rentnern bevorzugt? Denn nun winkt den Beamten im Ruhestand eine Einkommensverbesserung von mehr als zehn Prozent. Und erst recht ist es Rentnern ein Dorn im Auge, dass die Versorgungsempfänger im Land – so zumindest die Forderung des Beamtenbunds – die volle Inflationsausgleichsprämie von 3000 Euro erhalten sollen, derweil Rentner generell keine solche Prämie bekommen. Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) hat bisher die Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten in Aussicht gestellt, die Versorgungsempfänger aber nicht erwähnt.

Führende Stimme ist der Sozialverband VdK, der bundesweit mehr als 2,2 Millionen Mitglieder hat. Dort, aber auch in der Leserbriefredaktion unserer Zeitung häuft sich die Kritik kritischer Rentner. VdK-Landesvorsit-



Auch für die Pensionäre sind die Beamten auf die Straße gegangen. Foto: dpa/Daniel Vogl

zender Hans-Josef Hotz hat „prinzipiell nichts dagegen einzuwenden, dass die Tarifierhöhungen wie üblich auch auf die Pensionen angewendet werden“. Die Rentner erhielten aber keine Inflationsausgleichsprämie von 3000 Euro, und sie führe bei ihnen auch nicht zu einer Rentnenerhöhung im nächsten Jahr, da diese Zahlung steuer- und abgabenfrei und damit nicht tabellenwirksam sei. „Das ist eine klare Benachteiligung, die wir als Sozialverband ablehnen“, sagte Hotz unserer Zeitung. „Deshalb fordern wir auch für Rentnerinnen und Rentner einen Inflationsausgleich und die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die

alle einzahlen – auch Selbstständige, Freiberufliche, Beamte und Abgeordnete, damit solche Ungleichbehandlungen in Zukunft erst gar nicht mehr entstehen können.“

Auch der Bund der Steuerzahler in Baden-Württemberg ist gegen die Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifabschlusses. „Eine wirkungsgleiche Übertragung treibt die Schere zwischen Beamten und Angestellten immer weiter auseinander“, argumentiert der Landesvorsitzende Eike Möller. Angestellte müssten bis zum Erreichen der Beitragsbemessungsgrenzen von jeder Gehaltserhöhung Sozialversicherungsbeiträge abführen – nicht jedoch die Beamten, was zur Folge habe, „dass ihr Nettogehalt in vielen Fällen deutlich stärker ansteigt als jenes der Angestellten“. Es wäre daher gerechtfertigt, bei der Übertragung des Tarifergebnisses einen Abschlag vorzunehmen, so Möller.

Auch sollte die Inflationsausgleichsprämie nicht an Pensionäre ausbezahlt werden, führt er aus, weil Rentner sie auch nicht bekämen. „Wenn sie den Pensionären gewährt wird, führt dies dazu, dass die Lücke des Versorgungsniveaus zwischen Rentnern und Pensionären in den Auszahlungsjahren noch größer wird, als sie ohnehin schon ist.“

Die Bundesregierung lehnt es wegen des großen Finanzvolumens strikt ab, Rentnern eine solche Prämie zu zahlen – obwohl diese von der Teuerung auch stark betroffen sind.